

21.03.2018

Verkehrsversuch Rosenheimer Straße: Nachbesserungen Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf einer Hauptverkehrsstraße

Antrag

1. Der BA 5 beantragt, dass der zwölfmonatige Verkehrsversuch auf der Rosenheimer Straße erst dann beginnt, wenn alle Installationen und baulichen Einrichtungen abgeschlossen sind, auch die Dialogdisplays.
2. Sobald alle Vorbereitungen fertig gestellt sind, soll eine Begehung des BA 5 vor Ort mit dem zuständigen Referat stattfinden, um die umgesetzten Maßnahmen in Augenschein zu nehmen.
3. Der Verkehrsversuch soll von Maßnahmen begleitet werden, die geeignet sind, das Tempolimit tatsächlich durchzusetzen. Eine stationäre Messstation ist deshalb unumgänglich. Insbesondere am östlichen Eingang des Versuchsbereichs muss durch permanente Kontrollen sichergestellt werden, dass das vorgeschriebene Limit von 30 km/h an dieser Stelle zuverlässig eingehalten wird, da sich der Radverkehr sonst nicht sicher einfädeln kann.

In diesem Zusammenhang weisen wir auch auf frühere noch unbeantwortete Anträge des BA zu diesem Thema hin und bitten um Beantwortung.

4. Es sollten unabhängig vom dann laufenden Versuch Maßnahmen geprüft werden, die verhindern können, dass der Radfahrstreifen an der östlichen Seite als Parkstreifen genutzt wird, da sich der Radverkehr sonst nicht sicher einfädeln kann.
5. Vom Ostbahnhof kommend wird vor der Kreuzung Orleansstraße/Rosenheimer Straße darauf hingewiesen, dass es für Linksabbieger mit Tempo 30 weitergeht (baustellenbedingt). Für alle anderen Seiten gibt es keinen vergleichbaren Hinweis. Sinnvollerweise könnte auf dem rechteckigen Vorhinweisschild an jeder Spur die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit angegeben werden.

Begründung

Kann die Drosselung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h eine verkehrlenkende Maßnahme auf Hauptverkehrsstraßen sein, die eine Antwort auf folgende bisher ungelöste Fragen gibt:

Wie können in einer Verkehrssituation wie beispielsweise an der Rosenheimer Straße zukünftig die Lärmgrenzwerte eingehalten werden? Zum gesundheitlichen Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner muss hierauf eine Antwort gefunden werden.

Wie kann das Leben an und mit dieser Straße so gestaltet werden, dass

- die Anwohner/innen mit den Auswirkungen des Verkehrs leben können? (Thema Schadstoffemissionen)
- Kinder und Jugendliche nicht gefährdet werden, wenn sie die Straße auf ihrem Weg zur Schule oder zum Sportverein queren müssen?
- sich Fußgänger/innen gerne hier aufhalten?
- sich eine abwechslungsreiche Geschäftswelt entwickeln kann?

Zusätzlich zur vieldiskutierten und wichtigen Frage der Sicherheit des Radverkehrs sind auch diese Fragen zu beantworten. Der Verkehrsversuch bietet die Chance dazu.

gez. Adelheid Dietz-Will, Marga Kajanne, Heinz-Peter Meyer, Nicole Meyer,
Tilla Meyer, Nina Reitz, Lena Sterzer, Barbara-Silvia Schuster, Hermann Wilhelm
SPD Fraktion im Bezirksausschuss Au-Haidhausen